

I. Empfehlung

Kommission für Integration

Sitzungsdatum 22.09.2011

öffentlich

Betreff:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.07.2011

Aufruf der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Absichtserklärung "Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft"

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig
- angenommen/beschlossen, mit : Stimmen
- abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister unterzeichnet für die Stadt Nürnberg die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ (siehe Beilage) und signalisiert damit die Bereitschaft der Stadt Nürnberg zur Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) bei Auf- und Ausbau von Antidiskriminierungsstrategien.

Das Menschenrechtsbüro fungiert als Ansprech- und Kooperationspartner für die ADS und koordiniert die Aktivitäten innerhalb der Stadtverwaltung.

II. KuF

III. Abdruck an:

- Ref. I/OrgA
- Ref. II/Stk
- BgA/MRB

Vorsitzende(r):

Referent(in):

Schritfführer(in):



Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft

Absichtserklärung

Eine nachhaltige Unterstützung von Diskriminierung betroffener Menschen und die Bekämpfung von Benachteiligungen erfordern ein starkes Engagement auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Jeder Dritte hat sich bereits wegen eines der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz genannten Merkmale diskriminiert gefühlt. Viele Betroffene wissen jedoch nichts von ihrem Recht auf Diskriminierungsschutz oder wo sie Hilfe finden können.

Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität sind nicht hinnehmbar.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes möchte ihre Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen zum Schutz vor Diskriminierung verstärken und hierzu eine „Koalition gegen Diskriminierung“ ins Leben rufen.

Die Unterzeichner wollen insbesondere gemeinsam dafür Sorge tragen,

- 1. dass dem Thema Diskriminierung in unserer Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.**
- 2. dass jeder Weg genutzt wird, um von Diskriminierung betroffenen Menschen – gerade auch vor Ort – die bestmögliche Beratung zu bieten.**
- 3. dass sie sich mit starkem Engagement auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene für die Bekämpfung von Benachteiligungen einsetzen.**
- 4. nach Möglichkeit langfristig zentrale Ansprechpartner für das Thema Diskriminierung in Ländern und Kommunen zu benennen.**
- 5. vor Ort für das Thema Diskriminierungsschutz zu sensibilisieren und es als Querschnittsaufgabe politisch zu verankern.**

Land / Kommune

Christine Lüders
Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des
Bundes